

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Freipresse Nr. 27

Erscheint wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 0.90 RM., frei ins Haus, einschließlich der Posten „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“, „Der bessere Mann“, „Praktische Wissen für Alle“, „Unterhaltungsbellea“. Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenerfolg geleistet.



Telegr. Abz.: Zeitung.

Anzeigen werden die sechsgespaltige 3mm hohe (Netto-) Zeile oder deren Raum mit 15 Pf. berechnet; auswärts 20 Pf. Bei Wiederholung entsprechender Rabatte. Reklamen kosten pro Zeile 10 Pf. Verbindlichkeit für Abz., Datumsfrist und Bezahlung ausgeschrieben. Annahmehonorar für Offerten und Ankündigungen beträgt 15 Pf. Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet. Zahlungen an Postkonten Frankfurt am Main Nr. 20771

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 9

Donnerstag, den 19. Januar 1933

26. Jahrgang.

Vollstreckungsschutz bis 31. Oktober

Schutzbestimmungen auch für Winzer — Gegenwärtig etwa 70000 Betriebe im Sicherungsverfahren

Japans Kolonialmandate

Das wird mit den früheren deutschen Kolonien in der Südsee, wenn Japan den Völkerbund verläßt?

Berlin, 19. Januar.

Aus dem Fernen Osten kommen neue Alarmmeldungen. Die Chinesen wollen angeblich die Eroberung der Stadt Schanghai durch die Japaner mit der Einleitung einer großen Gegenoffensive beantworten, die als Ziel den wichtigen Zentralpunkt Muiden hat, andererseits drohen die Japaner mit einem Vormarsch auf Peking, wenn die chinesische Mobilisierung noch weiter andauern sollte. Gleichzeitig wird aus Genf gemeldet, daß die diplomatischen Verhandlungen zur Beilegung des Ostasienskonflikts heute ausgesetzt sind als je zuvor. Der Neuzuscher-Ausschuß des Völkerbundes hatte zwar nach monatelangen Beratungen endlich einen Vermittlungsvorschlag ausgearbeitet, der den japanischen Wünschen ziemlich entgegenkommt, der von China aber aufs schärfste abgelehnt wird.

Der Protest Chinas fällt um so schwerer ins Gewicht, als neuerdings die Vereinigten Staaten den europäischen Großmächten offiziell mitgeteilt haben, daß sie niemals vollendete Tatsachen in der Mandatschüre, soweit ein Verstoß gegen den Kellogg-Pakt oder den Neim-Mächte-Vertrag zuhande gekommen ist, anerkennen würden. Die amerikanischen Botschafter in Paris und London sollen erklärt haben, daß man sich nach Ansicht der amerikanischen Regierung nicht genug mit den Schlichtungsverhandlungen aufgehalten habe und daß die interessierten Mächte energischer auftreten müßten. Unter dem Eindruck dieser Vorstellungen hat sich England, das als Schuldnerland das begriffliche Interesse hat, nicht mit dem amerikanischen Gläubiger in Meinungsverschiedenheiten zu geraten, in seiner Haltung gegenüber Japan merklich gewandelt, so daß mit einer friedlichen Beilegung des Ostasienskonflikts in Genf kaum noch zu rechnen ist. In diesem Falle rechnet man in Genfer Kreisen mit dem Austritt Japans aus dem Völkerbunde und beschäftigt sich bereits mit den internationalen Auswirkungen, die ein solcher Schritt nach sich ziehen würde.

In diesem Zusammenhang wird auch die Frage der japanischen Mandatsgebiete aufgerollt, und damit gewinnt der fernöstliche Konflikt auch für Deutschland eine besondere Bedeutung. Auf Grund seiner Zugehörigkeit zum Völkerbund hat Japan die Mandatsverwaltung der ehemaligen deutschen Kolonien in der Südsee erhalten. Das Ausscheiden Japans aus dem Völkerbund würde, wie der Außenminister des Pariser „Journal“ sehr richtig feststellt, auch die Aufgabe der von Japan im Namen des Völkerbundes verwalteten Mandate mit sich bringen. Diese Mandate betreffen die ehemaligen deutschen Kolonien Kasolinen und Marianen, die von den Amerikanern als gefährliche strategische Positionen angesehen werden. Wie zufällig, meint „Journal“ weiter, werde nun in der Vereinigten Staaten eine lebhafteste Kampagne gegen Japan geführt, das beschuldigt werde, Flottenstützpunkte zu organisieren, die besonders die amerikanische Position von Hawaii bedrohen würden, namentlich nachdem sich der amerikanische Kongress trotz dem Beto des Präsidenten für die Unabhängigkeit der Philippinen ausgesprochen habe. Brauche man zu fragen, warum die Engländer sich gegenüber den Wünschen der Amerikaner so willfährig zeigten? Die Schulden, selbst wenn man sie bezahle, blieben ein gewaltiges Druckmittel.

Daß ausgerechnet ein französisches Blatt als erstes die Mandatsfrage angelenkt hat, verdient besondere Beachtung. Ob man aus dieser Tatsache den Schluß ziehen darf, daß man auch auf französischer Seite die gegenwärtige Regelung der Mandatsfrage nicht als der Weisheit letzten Schluß betrachtet, möchten wir dahingestellt sein lassen. Jedenfalls haben wir Deutsche alle Veranlassung, immer wieder auf das große Unrecht hinzuweisen, das uns durch den Raub der Kolonien zugefügt worden ist, und die Rückgabe dieser Gebiete an Deutschland zu fordern. Genau so wie wir in der Abrüstungsfrage auf Gleichberechtigung dringen, müssen wir auch in der Kolonialfrage unter Recht auf volle Gleichberechtigung geltend machen. Die Rechtslage für Deutschland ist nach jeder Richtung hin gesichert. Niemand kann uns hindern, dem Völkerbund die Uebertragung von Mandaten früherer deutscher Kolonien zu verlangen!

Diesen Anspruch kann die Reichsregierung um so eher geltend machen, als führende ausländische Staatsmänner und Wirtschaftspolitiker ihn anerkennen und uns im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise ihrerseits selbst auf seine Berechtigung hingewiesen haben. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die Wiedergewinnung kolonialen Besitzes für Deutschland eine wesentliche wirtschaftliche Erleichterung im Bedarfs haben würde. Die wirtschaftliche Bedeutung der Kolonien als Rohstoffbasis und Siedlungsland kann kaum überschätzt werden. Schon 1913 belief sich die Entfuhr der ehemaligen deutschen Kolonien auf 160 Millionen, die Ausfuhr sogar auf 170 Millionen Mark. Für das Jahr 1914

rechnete man nach den Ergebnissen des ersten Halbjahres bereits mit einer Handelsbilanz von mehr als einer halben Milliarde Mark. An wichtigen Pflanzungen waren im Jahre 1913 vorhanden etwa 40 000 Hektar Kautschuk, 42 000 Hektar Koffspalmen, 13 200 Hektar Kakaos, 13 000 Hektar Baumwolle, 5000 Hektar Delpalmen, 4800 Hektar Kaffee, 2200 Hektar Bananen usw. Der Viehbestand belief sich auf rund 554 000 Schafe, 516 000 Ziegen und 206 000 Stück Rindvieh. Das war im Jahre 1913. Wenn man bedenkt, daß diese Zahlen durch eine fortschreitende Erschließung der Kolonien noch ganz erheblich erhöht, vielleicht sogar vervielfacht werden könnten, so ist die außerordentliche wirtschaftliche Bedeutung kolonialen Besitzes für das Mutterland ohne weiteres einleuchtend.

Sinkzukommt, daß die Kolonialschuldfrage, mit der man seinerzeit in Versailles den Raub des deutschen Kolonialbesitzes in so heuchlerischer Weise „begründet“ hat, heute reiflos ausgemerzt ist, nachdem die Regierung der Südafrikanischen Union, die im Jahre 1915 das berühmte Blandbuch herausbrachte, selbst erklären mußte, daß dieses Blandbuch nur ein Kriegspropagandamittel gewesen ist, dessen Inhalt den Tatsachen nicht entspricht. Damit hat auch der Artikel 119 des Versailler Vertrags seine Grundlage verloren, und der Weg für die Vertretung des deutschen Rechts ist frei.

So ergibt sich aus der rechtswidrigen Wegnahme der deutschen Kolonien durch das Versailler Diktat die Forderung auf Rückgängigmachung des Kolonialraubes unter dem Gesichtspunkt des Rechts, der Ehre und der Moral. Dabei stehen im Vordergrund die Räumung des deutschen Volkes und die Verjüngung Deutschlands mit kolonialen Rohstoffen und Nahrungsmitteln. Auch in der Kolonialfrage handelt es sich um die Wiederherstellung der vollen Gleichberechtigung unseres Vaterlandes, und eine Wiederbeteiligung Deutschlands an der Erschließung unentwickelter überseeischer Länder und der Entwicklung ihrer eingeborenen Völker liegt auch im Interesse der anderen Nationen. Es gilt jetzt, jeden Anlaß wahrzunehmen, der uns diesem Ziele näherführt.

Vollstreckungsschutz-Verordnung

Erläuterung der neuen Bestimmungen durch den Reichsjustizminister.

Berlin, 19. Januar.

Die vom Reichskabinett verabschiedete und vom Reichspräsidenten von Hindenburg unterzeichnete Verordnung über den landwirtschaftlichen Vollstreckungsschutz ist nunmehr veröffentlicht worden. Ueber den Inhalt der neuen Verordnung unterrichtet eine Mitteilung, die zugleich eine Uebersicht über die bisherigen Maßnahmen auf dem Gebiete des Vollstreckungsschutzes enthält. Darin heißt es:

Durch die Verordnungen vom 8. Dezember 1931 mit den Änderungen vom 14. Juni und vom 27. September 1932 wurde für das gesamte Reichsgebiet zweimal eine Vollstreckungseinstellung für je sechs Monate gewährt.

Die neue Verordnung sieht jetzt die Möglichkeit einer dritten Einstellung vor. Die zweite und dritte Einstellung sollen aber ausgedehnt sein, wenn der Schuldner bei Stellung des Antrages mit wiederkehrenden Leistungen in Höhe eines vollen Jahresbetrages im Rückstande ist.

Landwirtschaftlichen Betrieben wird, im wesentlichen mit Rücksicht darauf, daß der Teil der Wirtschaftperiode, in der der Schuldner erst wieder in der Lage ist, größere Erträge zu erzielen, der kommende Herbst ist, ein erweiterter Vollstreckungsschutz gewährt.

Ausdehnung der Einstellungsdauer auf mehr als sechs Monate bis längstens 31. Oktober 1933; Unzulässigkeit der erneuten Einstellung erst bei Rückständen in Höhe von 1 1/2 Jahresraten. Ferner ist der Mobilarbeitsvollstreckungsschutz für landwirtschaftliche Betriebe, der bisher bis zur Ende 1932 bestanden hatte, jetzt wieder für die Ende bis zum Jahre 1933 eingeführt. Dieser Vollstreckungsschutz umfaßt das bewegliche Vermögen, das Zubehör und die noch im Besitze des Schuldners befindlichen Erzeugnisse des Grundstücks. Voraussetzung für den Schutz ist, daß dem Schuldner durch die Zwangsvollstreckung Mittel entzogen werden würden, die er zur ordnungsmäßigen Fortführung des Betriebes bis zur Ende benötigt.

Der Schutz kann von der Unterstellung unter eine Aufsicht abhängig gemacht werden. Insbesondere kommt der Schutz dem Väterer zugute.

In einer Sondervorschrift ist jetzt dieser Schutz auf Wein ausgedehnt, der ausschließlich aus Trauben hergestellt ist, die im Betriebe des Schuldners gewonnen sind.

Im Anlaß an die Veröffentlichung der neuen Verordnung empfang

Reichsjustizminister Gürtner

Vertreter der Presse. Der Minister führte u. a. aus, durch

alle Schutzbestimmungen hindurch ziehe sich die Erkenntnis, daß es sich um eine vorläufige, mit den Interessen sowohl des Gläubigers wie des Schuldners gerade noch verträgliche Schadensverteilung handele. Die neue Notverordnung habe in ihrem Vorbereitungsstadium allerlei Aufregungen verursacht. Von den Interessenten seien Wünsche vorgebracht worden, die keine Rechtsordnung befriedigen könne. Es seien aber auch von Seiten der Betroffenen Befürchtungen geäußert worden, die sich als grundlos erweisen würden.

Es handele sich bei den neuen Vorschriften zunächst um eine Fristverlängerung, die für die Landwirtschaft unentbehrlich sei.

Die Verordnung enthalte sodann eine Erweiterung des Begriffes der Notstandsgruppe. Witterungsschäden, Viehschäden und Preissturz seien die drei Risiken, die man heute nicht voll auf die Schulter des Schuldners legen könne, sondern auf den Gläubiger in Form einer Stillehaltung mit abwälzen müsse. Diese Bestimmung beziehe sich nicht mehr ausschließlich auf die nur viehzüchtende Landwirtschaft, sondern auch auf die Gemischtwirtschaft. Der Minister erwähnte dann noch die Bestimmungen über den Mobilarbeitsvollstreckungsschutz und die neu aufgenommenen Schutzbestimmungen für die Winzer.

Zum Schluß erklärte der Minister zusammenfassend, die neue Notverordnung halte daran fest, daß die Wirkungen des Sicherungsverfahrens in der Offiziell nicht erweitert worden, sondern daß nach abgeklafftem Sicherungsverfahren auch jeder Zwangsvollstreckungsschutz aufhöre.

Gegenwärtig unterliegen dem Sicherungsverfahren, wie der Minister noch mitteilte, etwa 60 000 bis 70 000 Betriebe.

Deutschlands Wirtschaftslage

Minister Warmbold vor dem Auschuß. — Der Empfang der Landbundführer. — Zwang zur Ausfuhr.

Berlin, 19. Januar.

Reichswirtschaftsminister Prof. Warmbold äußerte sich im Haushaltsauschuß des Reichstages über die deutsche Wirtschaftslage. Zunächst kam der Minister auf den Empfang der Landbundführer beim Reichspräsidenten zu sprechen. Bei diesem Empfang, so führte er aus, habe eine Aussprache über die Klagen der Winde des Landbundes stattgefunden, und auf Grund dieser Aussprache hätten diese Dinge innerhalb der Reichsregierung beraten werden sollen. Der Reichspräsident habe ausdrücklich betont, daß er seiner einzelnen Gruppe dienstbar sein könne, sondern nur für das Ganze da sei.

Unter den gegebenen Umständen bleibe nichts anderes übrig, als weiterhin zu versuchen, Aufträge vom Ausland zu bekommen, um die Beschäftigungsmöglichkeit im Inland zu ergänzen. Die Fähigkeit der Landwirtschaft, Arbeitslose aufzunehmen, sei außerordentlich gering geworden und werde auch dann nicht nennenswert zunehmen, wenn Großbetriebe in Mittel- und Kleinbetriebe umgewandelt würden. Welche Beschäftigungsmöglichkeiten gebe es aber noch in Deutschland, wenn wir uns aus der Weltwirtschaft zurückziehen? Deutschland könne sich bald mit den wichtigsten Nahrungsmitteln selbst versorgen, es könne aber nicht die Rohstoffe schaffen, auf die die Wirtschaft angewiesen sei. Dazu brauchten wir Beträge in Höhe von mehreren Milliarden, die wir nur bezahlen könnten, wenn wir entsprechende Werte der deutschen Arbeit auf dem Weltmarkt verkaufen.

Der Umstand allein, daß wir Rohstoffe brauchen, zwingt uns, mit der Weltwirtschaft in Verbindung zu bleiben. Man müsse die Folgerung daraus ziehen und unbezweifelnd des Nutzens unserer eigenen Nahrungsmittelherzeugung, den er an die erste Stelle setze, den Warenaustausch mit dem Ausland als notwendige Ergänzung betreiben.

Auf Anfragen teilte Minister Warmbold weiter mit, daß der Bankentommissar seine Richtlinien von einem Kuratorium erhalte, das sich aus dem Reichsbankpräsidenten, den Staatssekretären des Reichswirtschafts- und des Reichsfinanzministeriums und dem Reichsbankvizepräsidenten zusammenlege. Das Kuratorium sei verpflichtet, Zweifelsfragen dem Reichskabinett zur Entscheidung vorzulegen. Die Tätigkeit des Bankentommissars habe im wesentlichen darin bestanden, Sollzinsen herabzusetzen und die Spanne zwischen Haben- und Sollzinsen zu vermindern. Eine besondere Regelung bei Herabsetzung der Sollzinsen sei bei den Sparkasseneinlagen getroffen worden, um den Sparwillen des Volkes aufrecht zu erhalten.

Die Bankenlenkung habe zu einer gewissen Beruhigung geführt, aber zu einer endgültigen Bereinigung des ganzen Bankenvolens werde man erst kommen, wenn der Deflationsprozeß beendet sei und wenn nach der notwendigen Sanierung die gesamte Wirtschaft eine ausreichende Liquidität aufweise.

Der Frage der Regionalbanken sei die grundsätzliche hohe Bedeutung nicht abzupredigen. Man müsse damit aber warten, bis die natürlichen wirtschaftlichen Voraussetzungen gegeben seien. Im Augenblick lasse sich diese Frage aber, ohne neue Mittel in Höhe von 300 bis 500 Millionen Mark nicht lösen.

Die Auslandsschulden

Zum Schluss äußerte sich der Minister über die Auslandsschulden dahin, daß es praktisch völlig unmöglich sei, neue Auslandsschulden aufzunehmen. So lange die alten noch nicht konsolidiert seien und auf dem Devisenmarkt größere Freiheit bestehe, 1933 könne man Kapitalbeträge, wie 1932 in gewissem Umfang noch aufnehmen, nicht mehr transferieren. Es könne nur die Transferierung von Zinsen und Amortisationsbeträgen in Frage kommen, und diese lude man selbstverständlich auch gegenüber 1932 noch zu verkleinern.

Die Verschuldung der Landwirtschaft

Nach einer längeren grundsätzlichen Aussprache über die Ausführungen des Reichswirtschaftsministers teilte der Minister noch mit, daß die Gesamtverschuldung der Landwirtschaft vor dem Kriege 17,5 Milliarden betragen habe bei einer Zinslast von 750 Millionen oder 4,2 v. H. im Jahre 1913.

Jetzt betrage die Gesamtverschuldung etwa 11,4 Milliarden, der Zinsendienst nach dem Stande von Ende 1932 600 bis 620 Millionen, so daß der Durchschnittszins für Zinsen sich heute auf 5,2 v. H. belaufe, also um 1 v. H. über dem Vorkriegsstand liege. Steuerliche Erleichterungen für die Landwirtschaft seien besonders wichtig, gingen aber zusammen mit der Reform des Steuerwesens überhaupt, die man nicht in einer Zeit der tiefsten Krise und bei leeren Kassen vornehmen könne.

Ausfuhrüberschuß halbiert

Berlin, 19. Januar.

Die Einfuhr im Dezember betrug 423 Millionen Reichsmark und ist gegenüber dem Vormonat um 29 Millionen Reichsmark gestiegen. Die Ausfuhr hat mit 491 Millionen Reichsmark gegenüber November um 16 Millionen zugenommen. Die Handelsbilanz schließt damit im Dezember mit einem Ausfuhrüberschuß von 68 Millionen Reichsmark, gegenüber 82 Millionen Reichsmark im November.

Für das Jahr 1932 schließt die Handelsbilanz mit einem Ausfuhrüberschuß in Höhe von 1073 Millionen Reichsmark ab, gegenüber einem Ausfuhrüberschuß von 2872 Millionen Reichsmark im Jahre 1931.

Die in diese Zahlen einbezogenen Reparationsachtforderungen betragen 393 Millionen Reichsmark im Jahre 1931 und 62 Millionen Reichsmark im Jahre 1932. Die Gesamteinfuhr im Jahre 1932 beziffert sich auf 4,7 Milliarden Reichsmark; ihr Rückgang gegenüber dem Vorjahre beträgt mithin 2,0 Milliarden Reichsmark. Die Gesamtausfuhr im Jahre 1932 beläuft sich auf 5,7 Milliarden Reichsmark und bleibt damit hinter derjenigen des Jahres 1931 um fast 3,9 Milliarden Reichsmark zurück.

Fürsorge für Kleinrentner

Preußischer Runderlaß. — Beilegung von Mißständen in der Kleinrentnerfürsorge.

Berlin, 19. Januar.

Der Kommissar des Reiches für das preussische Innenministerium hat in einem Runderlaß die Beilegung einer Reihe von Mißständen in der Kleinrentnerfürsorge angeordnet. Die Fürsorgeverbände werden darauf hingewiesen, die größere Bewegungsfreiheit, die ihnen in der Frage der Anrechnung von Vorzugsrenten und Zulieferungseinkommen durch die Verordnung vom 8. Dezember 1931 zugesprochen wurde, nicht schematisch und zu Ungunsten der Kleinrentner zu gebrauchen. Bei der Durchführung des Erlassenspruchs und der Forderung auf Sicherstellung für Fürsorgekosten soll geprüft werden, ob der finanzielle Erfolg die Beunruhigung und Verbitterung rechtfertigt, die dadurch in den Kreisen der Kleinrentner entsteht.

Könnten auch die Kleinrentner prinzipiell nicht von der Erlasspflicht ausgenommen werden, so sei es andererseits nicht ausreichend, wenn Fürsorgeverbände formale

Schuldenartenentrisse als Voraussetzung der Fürsorgegewährung forderten. Noch weniger sei es statthaft nachträglich, und womöglich kurzfristig, Sicherstellung für Fürsorgekosten zu verlangen und damit die Kleinrentner zur Verpfändung letzter Vermögensreste zu zwingen. Da das Vermögen der Kleinrentner vielfach sehr gering sei, sollte es von der Härtenziehung zur Sicherstellung ausgeschlossen sein. Die künftige Anwendung der Fürsorgerechtlichen Bestimmungen über Verbrauch und Verwertung kleinerer Vermögensverpflichtungen zur sorgfältigen Prüfung im Einzelfall, was als kleineres Vermögen anzusehen sei.

Es sei zum Beispiel durchaus gerechtfertigt, Grundbesitz von geringem Wert und nur von geringer Belastungsfähigkeit freizulassen, damit der Hilfsbedürftige zur nahbaren Verwertung der ihm verbleibenden Vermögensbestände für besondere Bedürfnisse imstande sei.

Die Reform der Arbeitslosenhilfe

Bedenken des Sozialpolitischen Ausschusses gegen die Vereinheitlichung.

Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags wurde ein gemeinsamer Antrag des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei, der Christlich-Sozialen und der Nationalsozialisten angenommen, wonach bei den Maßnahmen zur Sicherstellung einer geordneten Arbeitslosenhilfe unter allen Umständen der grundsätzliche Charakter einer selbständigen Arbeitslosenversicherung sowie auch eine organische Verbindung der Arbeitslosenhilfe mit der Arbeitsvermittlung aufrecht erhalten werden soll.

Bei der Abstimmung enthielten sich die Deutschnationalen der Stimme, weil sie ihre Entscheidung nicht treffen wollten, ohne die genauen Ansichten der Regierung zu kennen.

Stürmische Landtags-Eröffnung

Am Freitag Vertagung auf Februar. — Glanz-Einbringung erst nach Fertigstellung des Reichshaushalts.

Berlin, 18. Januar.

Der Preussische Landtag versammelte sich zu seiner ersten Plenarsitzung im neuen Jahre. Boraus ging der Plenarsitzung eine Tagung des Ausschusses der Abgeordneten, der die Tagesordnung der Sitzung festsetzte. Am Freitag wurde die Sitzung auf den 15. Februar vertagt.

In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß der preussische Staatshaushalt auch zur Februartagung des Landtags noch nicht vorliegen wird. In unterrichteten Kreisen wird nämlich die Auffassung vertreten, daß der preussische Haushalt wegen der Steuererweiterungen am Reich, deren Höhe bis jetzt auch nicht annähernd bekannt sein soll, vom Reichshaushalt abhängig ist und folglich erst nach dessen Fertigstellung seine endgültige Fassung erhalten könne.

An Erledigung der Tagesordnung beschäftigte sich das Haus zunächst mit einem kommunalistischen Antrag auf Einlegung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Zustände in den Fürsorgeeinrichtungen. Die Abstimmung wurde zurückgestellt.

Im weiteren Verlauf der Sitzung kam es zu stürmischen Auseinandersetzungen. Abg. Frank (Komm.) rief den Nationalsozialisten zu: „Ein feiges Gefindel als ihr seid, gibt es ja nicht mehr!“ Auf diesen Zuruf stimmten zahlreiche nationalsozialistische Abgeordnete auf die Rednertribüne.

Ein nationalsozialistischer Abgeordneter, der täuschend gegen den Redner vorging, wurde im letzten Augenblick vom Fraktionsführer Kube zurückgerufen. Inzwischen hatten sich zahlreiche Kommunisten auf der anderen Seite des Rednerpultes aufgestellt, in deren Reihen der Abgeordnete Frank-Rohdts Zuflucht fand. Besonnenen Abgeordneten gelang es, Täuschlichkeiten zu verhindern. Als hierauf die Nationalsozialisten das Horst-Wessel-Lied sangen, unterbrach Präsident Kretz die Sitzung.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung werden der Abgeordnete Frank (Komm.) wegen des beleidigenden Zurufes und der Abgeordnete Blei (Nat. Soz.) wegen Bedrohung des Redners von der weiteren Teilnahme an der Sitzung ausgeschlossen.

herab. Das wollte ich mir nicht länger bieten lassen. Ich bin gestern aufgetaut, habe den abernen Gänken gründlich Beischlag gelagt und bin abgedampft.“

„Det biste recht gemacht, Kuisen!“ sagt Großmama zustimmend. „Wo Karlschen Unidud jetzt so klar geworden ist.“

„Jawoll, Oma, das habe ich ihnen gestern unter die Nase gerieben! Das hat mir Spaß gemacht. Wie belämmert standen sie da! Aber Mulchen, mach nicht so ein Gesicht! Weißt du, den ganzen Zini da drin, den brauche ich so ohnehin nicht! Ich will endlich mal was Praktisches lernen!“

Frau Grete lächelt und streicht ihrem Kinde über das Haar. „Wie hast du dir denn das gedacht, Mädel? Willst du dich im Haushalt nützlich machen?“

„Auch das, Mama! Aber...“ weicht du, du hast mir doch einmal erzählt, wie du Opa im Büro geholfen hast. Er innerst du dich noch?“

„Ja! Ich tat es deinem Papa zuliebe!“

„Kann ich das nicht auch, Mama? Ich habe so schrecklich Lust dazu. Als ich noch ein kleines Mädel war, da wollte ich unbedingt Verkäuferin werden. Das ging ja nun nicht. Aber ich kann doch im Büro was helfen.“

„Kind, du bist noch so jung, fann sechzehn Jahre, da darfst du noch ein wenig deine Jugend genießen!“

„Oh, das werde ich auch weiter! Ich will mich ja auch nicht totarbeiten, nur nützlich machen. Weißt du, meinen Tennisport gebe ich nicht auf.“

„Schön, mein Mädel, also in die Pension magst du nicht mehr zurück?“

„Unter keinen Umständen.“

„Gut, dann will ich mit Papa reden!“

Am Betrieb Bolle ist alles in bester Stimmung. Man hat erfahren, daß der Haftbefehl für Karl aufgehoben und der Junge rehabilitiert ist.

Jetzt werden wir ihn auch bald wiederhaben! Ist aller Meinung.

Die Mannschaft hat für Karl einen guten Erfolg bekommen, mit dem es ihr gelungen ist, die Spitze ohne Punktverlust siegreich zu behaupten. Allgemein hält man jetzt die Bolle-Mannschaft als die aussichtsreichste für die Berliner Meisterschaft.

Das Haus fuhr dann mit der Erledigung der Tagesordnung fort und vertagte sich schließlich auf Mittwoch.

Reichsgründungsfeier im Landtag

Gedenkrede des Präsidenten Kretz. — Ein Flaggenschiff.

Berlin, 19. Januar.

Präsident Kretz eröffnete die Plenarsitzung des Reichstags mit einer kurzen Ansprache, in der er u. a. ausführt:

Am 18. Januar 1871, vor nunmehr 62 Jahren, wurde im Spiegelsaal zu Versailles der erste deutsche Kaiser gekrönt und damit ein Werk vollendet, das nicht etwa nur den Gegenstand einseitigen Strebens ebenso erfolgreich wie erfahrener Politiker und Feldherren gebildet hatte, sondern in Wirklichkeit entstand damit ein Reich, das Jahrhunderte hindurch die herzensheißste Sehnsucht der Deutschen aller Stämme erfüllt hatte.

Vielleicht wäre dieses Reich nur eine Utopie geblieben, wenn nicht das Fürstentum der Hohenzollern sich zum Träger der Idee der Deutschen aufgeworfen hätte und zum übertragenden Führerwillen in treuherziger Staats- und Feldherrnkunst zunächst dadurch die Vorbereitungen für die Einheit schufen, daß sie mit nie nachlassender Tätigkeit den preussischen Staat zu einer nach innen und außen vollständig wachsenden Einheit zusammenhämerten.

Zur Verteidigung dieser Einheit, zu der alle Deutschen blutsmäßig vorher bestimmt sind, gegen wir letzten Jahres 1914 in den Weltkrieg, und unter der Fahne des Bismarck'schen Reiches Schwarz-weiß-rot kämpfte die ruhmreiche Armee, von der je die Weltgeschichte meldete.

Es war mir ein tiefempfundenes Herzensbedürfnis, am heutigen Tage auf dem Preussischen Landtage zum Gedenken für Deutschlands Einheit ihr Heiligtum hingeben, auch die Flagge Schwarz-weiß-rot zu hissen.

Nur ein Volk, das verständnisvoll seine Geschichte miterlebt und das Große der Vergangenheit ehrt, wird die Kraft besitzen, auch in schwerster Notzeit sich organisch weiter zu entwickeln und die beruht und unbewußt in den Hallen des Tolles gärende Sehnsucht zu ihrer Verwirklichung führen können. Auf den Schultern unserer Generation ruht eine unerbörte Verantwortung. Die bisher erreichte äußere Einheit muß durch uns zu einer Einheit aller deutschen Stämme, zu einem wirklichen Großdeutsches Land werden, und aus der äußeren Einheit muß in Gemäßheit der alle Deutschen verbindenden Blutsgemeinschaft die innere Einheit, die wahre Volksgemeinschaft der gesamten Nation herauswachsen.

Die sozialdemokratischen und die kommunistischen Abgeordneten hatten sich zu Beginn der Ansprache aus dem Plenarsaal entfernt; die Abgeordneten der übrigen Fraktionen hörten die Rede stehend an.

Nach der Rede kehrten die Abgeordneten der SPD und der KPD in den Saal zurück. Abg. Jürgensen (SPD) forderte die sofortige Beratung eines Antrags, der sich gegen die Reichsflagge richtete, daß Präsident Kretz auf dem Landtagsschloß die schwarz-weiß-rote Fahne gehißt hat. Von nationalsozialistischer Seite wurde gegen diesen Antrag Stellung genommen.

Der Rest der Sitzung war der Aussprache über Schulfragen und Abstimmen gewidmet. Die Deutschnationalen beteiligten sich nicht an der Abstimmung, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß sie der Regierung Braun keine Amtsbezugnis zusprechen.

Angenommen wurden Anträge des Hauptauschusses, wonach die Wirtschaftsführung der preussischen Staatshäuser durch eine Kommission geprüft und Mittel für die Wahrung der Grenztheater in Schleswig-Holstein, Ostpreußen, Schlesien und im Rheinland sowie für die Wanderröhren bereitgestellt werden sollen.

Angenommen wurde ferner ein Antrag, eine weitere Stilllegung von Schachanlagen der Gede Rheinpreußen zu verhindern. Zur Nachprüfung der Zustände in den Fürsorgeeinrichtungen wurde ein Untersuchungsausschuß eingesetzt.

Schließlich legte der Landtag noch einen fünfzehngliedigen Untersuchungsausschuß ein, der u. a. die Zahl der entlassenen Arbeiter und Angestellten feststellen soll.

Ihr Ehrgeiz geht aber noch weiter! Sie will die deutsche Meisterschaft erringen.

Währenddessen liegt Karl mit Thomas in Montebello Karl fühlt sich nicht wohl in seiner Haut. Die Järlschheit seiner Braut machen ihn verlegen. Er geht Dolores aus dem Wege, wo er nur kann.

Griff in sich gefeiert. Wenn Karls Verlobte erwidert, zieht sie sich sofort zurück. Thomas ist von allen dreien der Vergnügteste.

Karl hat seinen Dienst als Adjutant des Generals Argente angetreten, sein Freund steht gleichfalls im Leutnantenrang. Erst ist er begeistert, aber dann zieht er ihn nur an, wenn er muß.

Karl wird als Adjutant den hohen Militärs vorgeführt. Es behagt ihm aber nicht in seiner neuen Stellung. Natürlich erscheint ihm alles. Er hat an seiner Karriere keine Freude.

Am Tage vor dem großen Fußballkampf kommt der Gärtner Santos zu Karl. Er ist schwer bedrückt.

„Übermorgen soll Angelica ins Kloster!“ klagt er. Sie schon mit der Herrin gelprochen?“

„Nein, noch nicht! Aber ich werde es bestimmt tun.“ Santos!

„Oh, Herr, der liebe Gott wird es Ihnen lohnen!“

„Aber eines müssen Sie mir verraten. Santos...“ weicht Beheimnis umgibt Angelica?“

Der alte Gärtner blüht zu Boden. Er kämpft lange mit sich.

„Vertrauen Sie mir, Santos. Ich muß es erfahren! Ist Angelica Mutter? Wissen Sie es?“

„Ja... aber... ich...“ er wagt es nicht zu sagen.

„Haben Sie Mut, Santos! Es geht um Angelica!“ Da kommt es schwer und tödend von den Lippen des Alten: „Donna... Collenhougel!“

„Santos!“ ruft Karl erragt. „Das ist doch nicht möglich! Und...“ sie wollte... nein, das kann nicht sein! Mutter will ihr Kind ihrer eigenen Schuld wegen auflassen? Das wäre unmenlich!“

„So ist es, Herr! Darum drückt mir das Herz ab. Ich doch ist Donna Collenhougel Angelica Mutter!“

(Fortsetzung folgt)

WOLFGANG MARKEN:

KARL der Kleine

VERLEGER-RECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

(37. Fortsetzung.)

„Na, is denn da noch ein Grund vorhanden, der uns die Lieferung leipert wird, die wir jahrelang zur Zufriedenheit von Danze durchgeführt haben?“

„Dazu besteht auch wirklich kein Anlaß.“

„Wollt Sie sich man drum kümmern, Herr Minister?“

„Das tue ich gerne, Herr Bolle!“

„Denn bin ich beruhigt! Nir für unjut weien die Störung abanem! Sie es wie eine Erholung in Ihrn schweren Berufe. Uff Wiedelehn, Herr Minister!“

„Wiederleben, Herr Bolle! War mir ein Vergnügen!“

Er geleitete den letzten Bittsteller persönlich hinaus. Als der Minister wieder allein ist, lacht er herzlich.

„Famoler alter Herr, denkt er. Dann ruft er seinen Adjutanten Herrn von Bottenheim, und beauftragt ihn, die Berliner Kalleren der Reichswehr zu besuchen und ihm Wurstproben mitzubringen.“

Minister Gerards will mit Bolles Wurst vergleichen.

In Bolles Villa herrscht eitel Freude, daß sich nun alles so einfach aufgelöst hat, und die Strafverfolgung Karls aufgehoben ist. Großmama weint Freudentränen, Frau Grete lacht wieder.

In den Jubel pläzt Großes Töchterchen Luise, der letzte Ueberacht! heißt man sie willkommen.

„Aber Kind, wo kommt du denn so plötzlich her? Ich denke, du siehst in der Pension in Godesberg!“ ruft Frau Grete.

„Ich bin getürmt. Mama!“ erklärt Luise mit blinkenden Augen. „Ich hab's nicht mehr ausgehalten. Das ist eine eingebildete Geisteskrankheit! Seit der Sache mit Karl schneiden mich alle, und die Vorleserinnen behandeln mich so von oben

Aus der Heimat

Spangenberg, den 19. Januar 1933

Streut den Vögeln Futter.

Die Tiere des Waldes und für die Vögel, die im Winter nicht nach dem Süden ziehen, ist jetzt, nachdem Schnee gekommen, in der sie bittere Not leiden müssen, wenn die Vögel nicht sich ihrer nicht annehmen. Der Tisch der Natur bietet ihnen nicht genügend Nahrung für sie, und viele von ihnen müssen ohne Hilfe elend an Hunger zugrunde gehen. Das Wild wird im allgemeinen gefolgt, nur an die Vögel darf man immer noch zu wenig. Es wird ihnen gewiß noch Futter gestreut, aber der Kostgänger sind allzu viele, und wenn sie jemals einen Sperling so recht mit Appetit fressen, dann ist es gar nicht mehr glauben wollen, daß sie Speisemagen klein ist. Aber es handelt sich ja nicht nur um die Sperlinge, nein, alle unsere kleinen gefiederten Freunde, deren Gesang und munteres Treiben uns stets erfreut hat, sind in Not, und für sie alle gilt es zu sorgen.

Wenn man kein Futterhäuschen im Garten besitzt, so streut man auf dem Fensterbrett oder auf dem Balkon oder sonst an einer geeigneten Stelle ein vor Nässe und Schnee gesichertes Plättchen, wo man Futter streuen kann. Am besten sind ölhaltige Samenarten; Semmel und Brot geschnitten zu feinen Krumen und für die Vögel eine große Freude. Weisen knabbern gern an aufgehängten Speckstücken und lieben Samenarten, die man mit flüssig gemachtem Talg übergossen hat.

Vor allem sollte man regelmäßig füttern, damit die Vögel wissen, wo ihnen der Tisch gedeckt wird. Sie gewöhnen sich sehr bald an die Futterplätze und werden auch, falls die Gelegenheit dazu vorhanden ist, später oft in ihrer Nähe sitzen und in den Winter und Sommer als Dank für das gespendete Futter nicht nur durch ihren Gesang erfreuen, sondern auch durch Vertilgung zahlreicher unheimlichen Insekten nützen. Darum: Streut den Vögeln Futter!

Jahreshauptversammlung des Tu. „Froher Mut“

In der Jahreshauptversammlung des Turnvereins „Froher Mut“ wurde Bescheid über die Arbeit im vergangenen Jahre abgelegt. Aus den verschiedenen Berichten ging hervor, daß die Aktivität der Turner recht erfreulich war. Bei den verschiedenen Veranstaltungen und ansehnenswerten Erfolge erzielt worden; es darf wohl hierbei besonders auf das Kreislauftreffen in Kassel hingewiesen werden. Ganz Erfreuliches brachte der Bericht über die Anwesenheit, in der teilweise eine stattliche Menge von über 400 Jungens tüchtig turnte. Auch die Turnerinnen haben ihr reges Interesse an der Turnarbeit bewiesen. Der Vorsitzende nahm diese Berichte mit dem Dank an die Fachwarte und alle Turner entgegen. Er gab dem Wunsch Ausdruck, daß auch der Verein im kommenden Jahre seine Pflicht erfüllen und damit an dem Aufbau unseres Vaterlandes mitarbeiten. Im Anschluß hieran wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Der 1. Vorsitzende Hr. Entzroth, der infolge besonderer Umstände das Amt nicht mehr begleiten kann, hatte gestern, von der Wiederwahl Abstand zu nehmen. Obwohl dies von den Mitgliedern sehr bedauert wurde, mußten sie sich entschließen, dem Wunsch des ersten Vorsitzenden zu entsprechen. Bei der Wahl wurde sodann August Siebert zum ersten Vorsitzenden, Georg Siebert zum 2. Vorsitzenden gewählt. Der sechste 1. Vorsitzende trat dem Vorstand als Beisitzer bei. — Von den Berichten ist noch hervorzuheben, daß der Verein hier im Februar d. J. eine Werksveranstaltung vorbereitete, daß außerdem im Sommer d. J. das 70-jährige Bestehen in schlichter Weise begangen werden soll.

Gebersdorf. Die gestrige Gemeinderatsitzung hatte sich insbesondere mit der Finanzlage der Gemeinde zu befassen. Zur Überwindung bestehender Schwierigkeiten mußten sich die Gemeindevorsteher entschließen, auf die Bürgersteuer zurückzugreifen, deren Erhebung in den vergangenen Jahren dank der finanziellen Lage nicht stattgefunden hatte. Inzwischen haben sich aber die Verhältnisse so gestaltet, daß ein weiterer Verzicht auf die Bürgersteuer unmöglich erscheint. Als diesem Grunde bedarf die Gemeindevorstellung mit 6 Stimmen bei 4 Stimmenhaltung, daß die Bürgersteuer für das Jahr 1933 mit 500% erhoben werden soll. — Ein besonders wichtiger Punkt lag der Versammlung in der Angelegenheit der Auseinandersetzung Kirche und Schule vor. Von der Gemeindevorstellung ist auf Grund früherer Verhandlungen, die zu keinem Ergebnis führen konnten, ein Vertrag vorliegt, wonach die Gemeinde über die Besitzübernahme der Schule 200.000 zahlen soll und zwar dergestalt, daß die Zahlung dieser Summe erst nach 10 Jahren in mindestens 10 Jahresraten erfolgt. Für die Stundung des Betrages für die ersten 10 Jahre sollen 5% Jahreszinsen erhoben werden. Außerdem sollen der Kirche noch 15 ar. Ackerland und 14 ar. Wiese zurallen. Ueber diese Angelegenheit will die Gemeindevorstellung nochmals mit dem Kirchenvorstand Verhandlungen aufnehmen. Zum Schluß genehmigte die Versammlung einen Antrag des Arbeitersrates auf Ermäßigung des Wegespaßgelbes von 7,90 Mt. auf 3,50.

Aus Stadt und Land

36 000 Mark im Automobilklub veruntreut. Die regelmäßig im Auftrag der Geschäftsleitung des Automobilclubs von Deutschland durchgeführten Führerexkursionen haben vor einigen Tagen zur Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten geführt, bei deren sofortiger eingeleiteter Nachprüfung sich nunmehr herausgestellt hat, daß der von dem Buchhalter Eberhard Müller veruntreute Betrag 36 000 Mark beträgt.

Kommunist Sarow unter Mordverdacht verhaftet. Der nunmehr bereits zum dritten Male festgenommene kommunistische Arbeiter Karl Sarow, der unter dem Verdacht stand, den Hülferingen Wagnis in der Silberverhüttung ermordet zu haben, wurde dem Vernehmungsrichter vorgeführt, der wegen Mordverdachts gegen Sarow Haftbefehl erließ.

9000 Ampullen Morphium beschlagnahmt. Das Berliner Dezernat zur Bekämpfung des Rauschgifthandels hatte

Unbekannten ein größerer Posten Morphium angeboten wurde. Die Beamten stellten Ermittlungen nach dem Händler an, und es gelang ihnen, nach längerer Beobachtung den Mann in einem Café am Zoo aufzufinden und sich an seine Fersen zu heften. Dadurch glückte es, bei einem Spekteur eine Kiste mit genau 9160 Ampullen Morphium zu finden, die für 3000 Mark verkauft werden sollten. Die Kiste wurde, stammten die Ampullen noch aus Heresbehalten aus dem Jahre 1918. Der Spekteur gibt an, daß die Kiste vor etwa zehn Jahren von einem Unbekannten untergestellt worden sei. Vor zwei Jahren habe ihn der Kaufmann, der jetzt die Ampullen an den Mann bringen wollte, aufmerksam gemacht, daß Kinder im Hofe mit Morphiumampullen spielten. Dadurch aufmerksam gemacht, habe er die Kiste untersucht und dann festgestellt, daß sie Morphiumampullen enthielt.

Sechs gefüllte Scheunen durch Großfeuer vernichtet. In Jacobshagen, Kreis Saagitz, entstand in einer Scheune ein Brand, der sich mit großer Schnelligkeit auf die angrenzenden Scheunen ausbreitete. Trotz dem sich mehrere Wehren aus der Umgebung an der Eindämmung des Feuers beteiligten, sind doch insgesamt sechs Scheunen, die mit Futtermitteln und landwirtschaftlichen Maschinen angefüllt waren, bis auf die Grundmauern zerstört worden. Als Entstehungsursache dieser gewaltigen Feuersbrunst wird Brandstiftung vermutet.

Beilehung des Fürsten Hagfeld. Fürst von Hagfeld, Herzog zu Trachenberg, wurde in der Fürstengruft der katholischen Stadtpfarrkirche von Trachenberg beigesetzt. Als Vertreter der Reichsregierung waren Ministerialdirigent Richard Meyer und Legationsrat von Viers erschienen. Ferner nahmen die beiden Oberpräsidenten von Ober- und Nieder-Schlesien, der Breslauer Regierungspräsident, der Kommandeur der 2. Kavalleriedivision, der Landeshauptmann von Niederschlesien, der Breslauer Oberbürgermeister sowie viele Vereine an der Trauerfeier teil. Kardinalbischof Verboom geleitete ein Requiem. Als der Sarg in die Gruft gesenkt wurde, ertönte als letzter Abschiedsgruß das Jagersignal „Adag vorbei.“

Meißnerbürger stürzt sich aus dem Hofesfenster. Der frühere Meißner Bürger und Europameister August Brüll-Breslau, der sich in den letzten Jahren hauptsächlich als Veranstalter von Berufungskämpfen betätigte, stürzte sich in Stuttgart, wo er aus Anlaß der Ringkämpfe in der Stadthalle weilte, aus dem Fenster seines Hotelzimmers, das im dritten Stock gelegen war. Er erlitt schwere Verletzungen, an denen er wenige Stunden darauf in einem Krankenhaus starb.

Großfeuer in Steuditz. In der Vereinigten Dachpappenfabrik AG in Steuditz, die am Wege zum Flugplatz liegt, brach mittags ein Großfeuer aus. Die Brandbekämpfung stieß auf erhebliche Schwierigkeiten, weil nicht genügend Wasser zur Verfügung stand. Der Gesamtschaden ist sehr groß. Vernichtet ist das Dachpappenlager. Auch die Fabrikationsräume haben durch Feuer und Wasser erheblich gelitten.

Einbrecher erbeuten 27 000 Mark im Postamt. Nachts drangen Einbrecher in ein Postamt in Vorpommern ein und erbeuteten den Geldschrank. Es fielen ihnen Postwertzeichen im Betrage von 27 000 Mark in die Hände.

Schlägerei in Cöbau. — Neun Verletzte. Bei einer sozialdemokratischen Versammlung in Cöbau kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den im Saal anwesenden Angehörigen der Linksparteien und den Nationalsozialisten, die schließlich in eine heftige Schlägerei ausartete. Tische, Stühle und Biergläser dienten als Wurfgeschosse. Die Einrichtung des Saales wurde zu einem großen Teile demoliert. Soweit bisher feststeht, wurden ein Polizeibeamter und acht Versammlungsteilnehmer verletzt.

Der flüchtige Banddirektor Schäfer in Holland? Der frühere Düsseldorf Banddirektor Schäfer soll neuerdings in der Provinz Limburg u. a. in Baals und Venlo aufgegriffen sein. Schäfer soll sich seinen Schnurrbart haben abnehmen lassen. Außerdem soll er eine Hornbrille an Stelle einer goldumrandeten Brille tragen. In Baals will man ihn in Begleitung einer Dame gesehen haben. Man vermutet, daß Schäfer sich in den Schmugglerorten an der Limburger deutschen Grenze aufhält.

Zwei Hinrichtungen in Polen. Das Polener Standgericht verurteilte die Mörder des Präsidenten des Polener Lehreninstituts zum Tode durch den Strang. Während der eine Verurteilte geständig war, leugnete der andere bis zum letzten Augenblick. Der Staatspräsident hat das Gnadengehalt abgelehnt. Das Urteil wurde danach im Polener Gerichtssaal sofort durch den Warschauer Senater vollstreckt.

Drei Tote bei einem Zugzusammenstoß in Spanien. Der Schnellzug Madrid-Barcelona stieß bei der Durchfahrt auf der Station Cerdina infolge falscher Weichenstellung mit einem Güterzug zusammen. Dabei wurden drei Personen getötet und zahlreiche zum Teil schwer verletzt. Gerüchteleise verlautet, daß es sich wieder um einen Sabotageakt handelt.

Deutsche Filiale in Tokio zerstört. Um die Zeit, als das ausländische Personal der Filiale der Singer-Nähmaschinenfabrik in Tokio sich zum Mittagessen begeben hatte, drangen etwa 200 Japaner in die Geschäftsräume ein, wo sie fast das ganze Mobiliar und wichtige Register zerstörten. Die Polizei, die den Schaden nicht mehr verhindern konnte, nahm über 100 Verhaftungen vor. Der Ueberfall wird auf die Unzufriedenheit der einheimischen Agenten der Gesellschaft mit ihren Vertragsbedingungen zurückgeführt.

Geldbriefträger bleibt

Ausrüstung mit Schusswaffen und Stellung eines Begleitmannes zulässig.

Berlin, 19. Januar.

Wie von der Hauptverwaltung der Reichspost mitgeteilt wird, haben sämtliche 45 Oberpostdirektionen, die vor einigen Wochen vom Reichspostministerium angeregte Reform der Geldzuführung durch die Geldbriefträger, die die Abholung durch die Geldempfänger selbst vorlag, nach eingehenden Beschreibungen mit Wirtschaftsvorteilen sowie mit Vertretern der Beamtenorganisationen abgelehnt und sind für die Beibehaltung der Geldzuführung durch die Geldbriefträger eingetreten.

Vorausgesetzt wird das Reichspostministerium den Oberpostdirektionen anheimstellen, die Geldbriefträger, die zum Teil schon mit Gummistöcken, Schlagringen und Alarmpistolen ausgerüstet sind, in gefährdeten Gegenden mit richtigen Schusswaffen zu versehen. Darüber hinaus soll den Oberpostdirektionen gestattet werden, den Geldbriefträgern, die in unsicheren Gegenden oder in mehreren hintereinander liegenden dunklen Höfen ihre Bestimmung auszuführen haben, noch einen zweiten Mann als Bewachung mitzugeben.

Selbstmord verursacht Explosion

Berlin, 19. Januar.

Im Hause Hofenjoellerling 118 in Spandau, einem dreiflügeligen Gebäude, erfolgte nachts um 1.30 Uhr in der Wohnung des Dozenten Dr. Werner Schulte eine Gasexplosion, durch die die etwa 15 Zentimeter starke Wand, die die Küche des Wohnungsinhabers von den Baderäumen des Nachbarn trennt, völlig eingestürzt wurde. Der 35-jährige Dozent wurde schwer verletzt aufgefunden und starb kurz nach der Einlieferung in das Krankenhaus. Wie einwandfrei festgestellt wurde, hat Dr. Schulte in selbstmörderischer Absicht die Gashähne geöffnet.

Durch die Explosion wurden auch Fensterkreuze aus der im dritten Stockwerk gelegenen Wohnung auf die Straße geschleudert. Die Feuerwehre mußte durch die eingestürzte Wand in die Wohnung eindringen, da die Eingangstür verschlossen war, und konnte nur unter eigener Gefahr den Schwerverletzten bergen; denn ein Teil der Einrichtung war bereits von den Flammen ergriffen worden, die jedoch bald gelöscht werden konnten.

Dr. Schulte war Leiter des Psychologischen Instituts der Hochschule für Leibesübungen. Er war einer der Pioniere und Methodiker der Psychotechnik, Begründer der Sportpsychologie und Vorkämpfer der Zusammenarbeit von Psychologie und Medizin, besonders auf sozialhygienischem Gebiet. Seine Forschungen wurden von der Volksgesundheit der deutschen Wissenschaft stark unterstützt. Er ist nicht nur der Verfasser zahlreicher Bücher, Einzelarbeiten, Aufsätze und Vorträge, sondern auch Mitarbeiter an einer Reihe von wissenschaftlichen Kulturfilmen, besonders sportlicher Art gewesen. Seit 1926 war er Herausgeber der Zeitschrift „Psychologie und Medizin“, sowie Mitherausgeber verschiedener anderer Zeitschriften.

Die Freunde Dr. Schultes sind der Ansicht, daß hystero-erotische Neurose ihn unglücklich in den Tod getrieben hat. Im vergangenen Jahre hat Dr. Schulte bereits viermal versucht, seinem Leben ein Ende zu machen.

Im Dezember 1932 hat er dann mit einer jungen Berlinerin aus angelegener Familie die Ehe geschlossen. Da die Ehefrau vor etwa acht Tagen die Wohnung in Spandau verlassen hat, ist man der Auffassung, daß eheliche Zwistigkeiten den letzten Anstoß zu der Tat gegeben haben.

Brand in Neudeck

Neudeck, 19. Januar.

Auf dem ostpreussischen Herrenhof des Reichspräsidenten von Hindenburg, Schloß Neudeck, entstand nach der Auf-tauung der eingefrorenen Heizungsrohre ein Brand. Als die ersten Rauchstellen entdeckt wurden, griffen der Oberinspektor und der Zimmermann ein und erloschten das Feuer. Bald machte sich aber auch an anderen Stellen Brandgeruch bemerkbar, so daß die Feuerschutzwehr alarmiert wurde. Zunächst versuchte man mit Hilfe von Handfeuerlöschern des Feuers Herr zu werden.

Bald aber brachen nach starker Rauchentwicklung, die die Arbeit mit Rauchmasken notwendig machte, offene Flammen durch, so daß die Feuerschutzwehr Feuerwerk mit einer Motorpumpe zur Hilfe kommen mußte. Nur den der Feuerschutzwehr zur Verfügung stehenden großen Schlauchmengen ist es zu danken, daß das Feuer bald gelöscht werden konnte, da das Wasser aus einem Graben hinter dem Park genommen werden mußte.

Unterredung Hitler-Hugenberg

Berlin, 18. Januar.

Adolf Hitler traf von Weimar kommend im Kraftwagen in Berlin ein. Kurze Zeit nach seiner Ankunft hatte Hitler eine Unterredung mit dem Vorsitzenden der Deutschen Nationalen Volkspartei, Geheimrat Dr. Hugenberg. Die Besprechung dauerte längere Zeit. Ueber ihren Inhalt wurde von beiden Seiten Vertraulichkeit vereinbart.

Erweiterter Vollstreckungsschutz

Berlin, 18. Januar.

Reichspräsident von Hindenburg empfing den Reichsminister der Justiz Dr. Gurtner zum Vortrag über die vom Reichskabinett beschlossenen Maßnahmen auf dem Gebiete des Vollstreckungsschutzes. Die neue Verordnung wird noch am heutigen Mittwoch veröffentlicht werden.

Ein Berliner Blatt will bereits Einzelheiten über die neuen Maßnahmen mitteilen können. Wie das Blatt mitteilen will, hat das Reichskabinett einen Vollstreckungsschutz für die aus dem Sicherungsverfahren des Disziplinargesetzes als nicht mehr janitorisch aussehenden landwirtschaftlichen Betriebe abgelehnt. Mit der neuen Verordnung werde die Bahn für eine großzügige Inangriffnahme des Siedlungswortes im Osten frei.

Eine Ausdehnung des Vollstreckungsschutzes auf das ganze Reich werde lediglich für den Schutz der Vollstreckung bei Gegenständen des beweglichen Vermögens, also des lebenden und toten landwirtschaftlichen Inventars, in Frage kommen. Man sei nicht soweit gegangen, das gesamte Vertriebsvermögen unter diesen bedingungslosen Vollstreckungsschutz zu stellen.

Präsident von Oppen tritt zurück

Uebertreift zur NSDAP. — Eröffnung der 47. Hauptversammlung der Brandenburgischen Landwirtschaftskammer.

Berlin, 18. Januar.

Nach Eröffnung der 47. Hauptversammlung der Brandenburgischen Landwirtschaftskammer teilte der Präsident der Kammer, Rittergutsbesitzer von Oppen-Dammwalde, mit, daß er seinen Eintritt in die NSDAP. vollzogen habe und gab dann folgende Erklärung ab:

Mein Eintritt in die Nationalsozialistische Partei hat die Grundlage meiner Wahl zum Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer verändert. Es sind Gerüchte verbreitet, mein Beitritt zur NSDAP. sei aus Gründen des Erfolges erfolgt. Um diesen Gerüchten entgegenzutreten, werde ich in dieser Versammlung nach Erlebigung der Rechnungslegung mein Amt als Vorsitzender der Landwirtschaftskammer in die Hände der Hauptversammlung zurücklegen.

Die Kammer nahm dann eine Entschließung an, in der gesagt wird, daß sich die Brandenburgische Landwirtschaftskammer die von den landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen zur Rettung der deutschen Landwirtschaft erhobenen Forderungen zu eigen macht.

